

**EU; Tagung des Rates für Auswärtige  
Angelegenheiten am 15. Oktober 2018**

### **Vortrag an den Ministerrat**

Am 15. Oktober 2018 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Federica Mogherini sprach unter dem Punkt laufende Angelegenheiten folgende Themen an: Die Wahlen in Bosnien und Herzegowina, die am 8. Oktober stattfanden, das Referendum in Mazedonien, welches am 30. September abgehalten wurde, die Ratschlussfolgerungen zur EU-Asien Konnektivitätsstrategie, den Ratsbeschluss und die Ratsverordnung über restriktive Maßnahmen gegen Chemiewaffen sowie das Verschwinden des saudischen Journalisten Jamal Kashoggi.

Der erste Tagesordnungspunkt behandelte Libyen, der auf Initiative von Niederlande und Deutschland zum Austausch über die aktuelle Lage im Land diente. Ziel war es, eine einheitliche EU-Position zu Fortschritten bei Sicherheit, wirtschaftlichen Reformen und dem politischen Prozess zu finden. Daher seien eine rasche Vorbereitung der Wahlen, eine Verbesserung der Sicherheitslage sowie von den EU-Mitgliedsstaaten stärker unterstützte Wirtschaftsreformen notwendig. HV/VP Mogherini berichtete außerdem über ihre Gespräche mit dem Sondergesandten der Vereinten Nationen Ghassan Salamé.

Unter dem Tagesordnungspunkt zur Zentralafrikanischen Republik wurden die sich verschlechternde Sicherheitslage und die besorgniserregende russische Präsenz thematisiert. Ein verstärktes EU-Engagement zur Unterstützung des Landes sei notwendig, eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union und den Nachbarländern solle ebenfalls gefordert werden. In Folge wurden Ratschlussfolgerungen als Ausdruck der Solidarität und zur Fortsetzung der Unterstützung durch die EU angenommen.

Der dritte Tagesordnungspunkt galt den externen Aspekten der Migration. Die Diskussion fokussierte auf die Fortschritte und Möglichkeiten, die Nachhaltigkeit bisheriger EU-Maßnahmen sicherzustellen und positive Ergebnisse besser nach innen und außen zu kommunizieren. Dabei wurden die Ergebnisse des Rates "Justiz und Inneres" vom 11. und 12. Oktober sowie des informellen Salzburg-Gipfels vom

19. September berücksichtigt. In der Diskussion betonte die Mehrheit der Mitgliedstaaten, die sich zu Wort meldeten, einen partnerschaftlichen und holistischen Ansatz mit Drittstaaten. Der neue IOM-Generaldirektor Antonio Vitorino (via Video-Zuschaltung) und der Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen Filippo Grandi nahmen an der Diskussion teil und berichteten unter anderem über die drastische humanitäre und Sicherheitslage in Libyen.

Während des Mittagessens wurde die aktuelle Situation in und um Venezuela thematisiert. Die Aufnahme dieses Punktes fand auf Wunsch einzelner MS angesichts der dramatischen Lage im Land und der hohen Zahl von Flüchtlingen statt.

Ratsschlussfolgerungen wurden zur EU-Asien-Konnektivitätsstrategie, der Operation EUFOR Althea und - wie oben angeführt - zur Zentralafrikanischen Republik angenommen. Außerdem wurden die Empfehlung des Rates vom 15. Oktober 2018 zum Ablauf der Erfüllung der im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) eingegangenen weiter gehenden Verpflichtungen und zur Festlegung präziserer Ziele (2018/C 374/01), der Beschluss (GASP) 2018/1544 des Rates vom 15. Oktober 2018 über restriktive Maßnahmen gegen die Verbreitung und den Einsatz chemischer Waffen und die Verordnung (EU) Nr. 2018/1542 des Rates vom 15. Oktober 2018 über restriktive Maßnahmen gegen die Verbreitung und den Einsatz chemischer Waffen angenommen.

Die Schlussfolgerungen der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates ([www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)) abrufbar.

Am Rande der Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten fand das 9. Treffen der Außenministerinnen und Außenminister der Östlichen Partnerschaft statt.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 22. November 2018  
Kneissl